

II - 73 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 55 II

1979 -07- 03

A n f r a g e

der Abgeordneten DR. GÖTZ, DR. HAIDER, DR. STEGER, DR. OFNER
an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik
betreffend Zweiter Bericht der Volksanwaltschaft - Bundesstraßengesetz

Im Zusammenhang mit Beschwerdefällen im Bereich des Bundesstraßenbaues stellte die Volksanwaltschaft in ihrem Zweiten Bericht an den Nationalrat (Seite 48) "weitere Mitsprachemöglichkeiten und eine Verbesserung der Anrainerstellung, insbesondere in der Frage des Entschädigungsrechtes zur Erwägung. Die derzeit geltende Rechtslage erscheint aber nicht nur im Hinblick auf den entschädigungsberechtigten Personenkreis unbefriedigend, sondern auch im Hinblick auf die Bemessungsgrundsätze im Ablöseverfahren. Die Berechnung von Entschädigungsleistungen nach dem Bundesstraßengesetz, deren Rechtmäßigkeit auch durch die Judikatur des Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshofes erhärtet wurde, führt für die einzelnen Betroffenen nämlich ebenfalls zu Härten, da sie mit dem auf der Basis des Verkehrswertes errechneten Entschädigungsbetrag oft nicht in der Lage sind, ein gleichwertiges Objekt zu erwerben."

Unter Bezugnahme auf diese Ausführungen richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik die

A n f r a g e :

1. Wie lautet Ihre grundsätzliche Stellungnahme zu der oben aufgezeigten Problematik?
2. Welche Maßnahmen sind diesbezüglich seitens des Bundesministeriums für Bauten und Technik beabsichtigt?